

„Wir sparen schon“: Sozialvereine wehren sich gegen neue Kürzungen

Geld fehlt für zusätzliche Behinderten-Wohnplätze, Vereine verweisen auf Vereinbarungen

Von Heinz Steinbock

LINZ. Gegen weiteren „Kürzungsdruck“ wehren sich die oberösterreichischen Sozialvereine: Man habe bereits Sparprogramme vereinbart, sagen die Vertreter der in der „IV Sozialunternehmen“ zusammengeschlossenen Organisationen. Wenn die Politik weitere Einsparungen verlange, müsse sie definieren, „wo die Qualität eingeschränkt werden soll“, sagt Diakoniewerk-Vorstand und IV-Sprecher Heinz Thaler. „Die Träger sind mit Sparaufträgen eingedeckt“, sagt auch Lebenshilfe-Präsidentin Helga Scheidl.

„Wir haben schon ein Sparpaket akzeptiert, mit dem wir in Oberösterreich 25 Millionen Euro hereinbringen müssen. Das geht gerade ohne Kündigungen.“

Heinz Thaler, Sprecher der IV Sozialunternehmen



Um Kürzungen für Sozialvereine ging es im Frühjahr 2015: Die Beschäftigten demonstrierten in Linz

Foto: Weibbold

Eine Arbeitsgruppe, beschickt von der Sozialabteilung, Parteien und Sozialvereinen, soll die Ausgaben durchleuchten, kündigte Landesrätin Birgit Gerstorfer (SP) an. Ausgegangen war dies von einer Forderung der FPÖ, die die steigenden Ausgaben im Sozialbereich – der größte Posten ist jener für Behindertenbetreuung (siehe Kasten) – eindämmen möchte.

Geld fehlt dennoch am dringendsten für zusätzliche betreute Wohnplätze: 150 seien „sofort“ nötig, weitere 350 innerhalb des nächsten halben Jahres, schätzt man in der IV Sozialunternehmen. Das solle durch Strukturreformen innerhalb des bestehenden Budgets finanziert werden, sagen Gerstorfer und Landeshauptmann Josef Pühringer (VP). „Hohe Verwaltungskosten“ und „ineffiziente Strukturen“ sollten dazu bereinigt werden, verlangte FP-Klubobmann Herwig Mahr.

„Wir sind keine Subventionsempfänger, wir bekommen für Leistungen nach fixen Tarifen be-

SOZIALVEREINE UND IHRE TÄTIGKEIT

■ Rund **360 Millionen Euro** (Rechnung 2015) zahlt das Land aus dem Sozialbudget für die Arbeit der Sozialvereine und -unternehmen, die Leistungen für Behinderte und in der psychosozialen Versorgung erbringen. Mit 47 Vereinen arbeitet das Land zusammen, 35, darunter die größten, haben sich in der „**Interessenvertretung Sozialunternehmen OÖ**“ zusammengeschlossen.

■ Die Leistungen der Sozialvereine werden auf Basis standardisierter **Leistungsverträge** abgegoten: Für jede Betreuungsleistung und jeden Verein gelten die gleichen Tarife.

■ In Oberösterreich beschäftigen die Sozialvereine rund **7000 Personen** in der Betreuung, rund drei Viertel davon in Teilzeit. Eine

Vollzeit-Arbeitskraft verdient (Angaben IV Sozialunternehmen) im Schnitt **1615 Euro netto** monatlich.

■ Nachdem im Sozialressort der „Schuldenrucksack“ von 45 Millionen Euro bekannt geworden war, vereinbarte das Land mit den Vereinen ein **Sparprogramm**: Sie müssen 25 Millionen Euro bis 2019 einsparen. Der Vereinbarung waren Demonstrationen gegen Kürzungen im Sozialbereich vorangegangen. Die Leistungspreise werden bis 2020 um elf Prozent (gerechnet von der Basis 2010) gesenkt.

■ Den **dringlichen Bedarf** an betreuten Wohnplätzen beziffern die Vereine mit 500 innerhalb des nächsten halben Jahres. 150 seien in Umsetzung, sagt Landeshauptmann Pühringer.

zahlt“, ärgert sich darüber Edith Zankl, Geschäftsführerin der Volkshilfe LebensArt. Thaler und Scheidl verweisen auf die Vereinbarungen, die bereits mit Gerstorfers Vor-Vorgängerin Gertraud Jahn getroffen wurden: 25 Millionen Euro Einsparungen bis 2019, die Leistungstarife werden überdies reduziert (siehe Kasten).

„Weiter in der Betreuung zu reduzieren, ist mit den derzeitigen Qualitätsstandards nicht zu vereinbaren“, sagt Thaler. Forderungen wie die Vergrößerung von Wohngruppen würden bereits umgesetzt. Wo gespart werden könnte, sei bei den Transportkosten etwa zu Tagesheimstätten, meint Scheidl, „da werden nicht immer die nächsten genutzt“. Aber damit könnten längst nicht die erforderlichen zusätzlichen Mittel aufgebracht werden.

Oberösterreich habe „zugegeben“ im Vergleich bei der Betreuung ein hohes Qualitätsniveau, sagt Thaler. Ob es so beibehalten werde, müsse die Politik festlegen.